



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Gemeinde Nottuln am 21.08.2024.

Sitzungsort: in der von Aschebergschen Kurie, Stiftsstraße 4, 48301 Nottuln
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:45 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzende/r

Dr. Susanne Diekmann Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder

Manfred Gausebeck	SPD
Dr. Martin Geuking	FDP
Margarete Große Wiesmann	CDU
Dr. Andrea Quadt-Hallmann	CDU
Dr. Matthias Schliermann	Bündnis 90/Die Grünen
Morten Steimann	CDU
Susanne Strätker	CDU

Sachkundige/r Bürger/in

Markus Böker	CDU
Lukas Laakmann	CDU

Stellvertr. Ausschussmitglieder

Brigitte Kleinschmidt	UBG	Vertretung für Herrn Bogus
-----------------------	-----	----------------------------

Von der Verwaltung

Julia Breuksch
Martina Marquardt-Wißmann
Dr. Dietmar Thönes

Peter Wermeling

Schriftführung

Lisa Röthinger

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
----------	--

Frau Dr. Diekmann eröffnet die Sitzung und begrüßt insbesondere die anwesenden Gäste, Herrn Schäfer (TOP 4) und Herrn Tippkötter (TOP 5).

Frau Dr. Diekmann stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung mit Datum des 08.08.2024 sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Es gibt eine Tischvorlage, einen Antrag der Verwaltung zur Situation in der Roibartstraße. Frau Dr. Diekmann stellt zur Abstimmung, diese als neuen TOP mit der Nr. 14 vor dem TOP „Verschiedenes“ in die Tagesordnung einzuschieben.

Beschlussvorschlag:

Die Tischvorlage zur Situation an der Roibartstraße wird als neuer TOP 14 auf die Tagesordnung gesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

2	Mitteilungen
----------	---------------------

Frau Breuksch berichtet, dass ein Antrag der SPD zum Hochwasserschutz an den Rat eingegangen sei. Dieser wird dann in der nächsten Ratssitzung am 17.09.2024 beraten.

Frau Marquardt-Wißmann berichtet, dass zur Thematik „PV vs. Baum“ mittlerweile ein Grundsatzterlass zur Anwendung des § 2 EEG von gleich vier Ministerien vorliege, der als Arbeitshilfe dienen solle. Zugleich gebe es auch ein neues Urteil zum selben Thema, über das die „Kommunen für biologische Vielfalt“ informiert hätten. Beide stellten heraus, dass der § 2 EEG kein „Freischein“ für die Abholzung von Bäumen sei und ein Baum durchaus gleichrangige oder höhere Bedeutung haben könne. Dies sei im Einzelfall zu prüfen.

(„Erlass zu Grundsatzfragen bei der Anwendung des § 2 EEG bei Verwaltungsentscheidungen im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien (§ 2 EEG-Grundsatzterlass)“. Gemeinsamer Runderlass des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr, des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung und des Ministeriums für Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, vom 25. Juni 2024)

(Nachträgliche Anmerkung der Verwaltung: Das Thema wird im nächsten Ausschuss Umwelt und Mobilität als eigener Tagesordnungspunkt behandelt. In diesem Zusammenhang werden dann der Grunderlass und das Gerichtsurteil zur Verfügung gestellt.)

Herr Wermeling berichtet von der Zusage zur Förderung eines Projekts zur sogenannten Grünen Infrastruktur. Konkret gehe es um die Umgestaltung des Stiftsplatzes in Nottuln Nord sowie einen Kinderspielplatz in der Olympiastraße. Die Förderquote liegt bei 80 % und die Fördersumme betrage 268.000 Euro.

Frau Röthinger gibt ein Update zum Stand der Umstellung der Bike-and-Ride-Anlage am Bahnhof Appelhülsen. Das digitale Buchungssystem laufe nach mehreren technischen Schwierigkeiten mittlerweile rund. Einige Beschwerden über zu kurze Buchungszeiten oder fehlende Plätze trotz freier Stellplätze seien eingegangen. Anfang nächsten Jahres würden all diese Beobachtungen und Hinweise zusammengefasst, um zu überlegen, wie man hier nachsteuern könne.

Frau Röthinger berichtet, dass der Förderzeitraum für die Erstellung der kommunalen Wärmeplanung auf Ende Dezember 2024 verlängert worden sei, und gibt einen kurzen Ausblick über den aktuellen Stand der Planentwicklung und Akteursbeteiligung.

3 Bestellung der Schriftführung Vorlage: 112/2024

Zu diesem Tagesordnungspunkt bestehen keine Wortmeldungen seitens der Ausschussmitglieder. Frau Dr. Diekmann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Zum Schriftführer für die Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Mobilität wird Verwaltungsmitarbeiter Günther Ring bestimmt. Zu stellvertretenden Schriftführer:innen für die Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Mobilität werden die Verwaltungsmitarbeiter:innen Lisa Röthinger und Lea Steinhoff bestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

4 Einladung des Geologischen Dienstes NRW, Hier: Präsentation zum Thema „Geothermie“ von Herrn Dipl. Geologen Schäfer Vorlage: 104/2024

Herr Schäfer vom Geologischen Dienst präsentiert zu den Voraussetzungen, bisherigen Untersuchungen und Planungen im Bereich Geothermie in NRW und speziell im Münsterland.

Im Anschluss an die Präsentation beantwortet Herr Schäfer einige sachliche Nachfragen zu benötigten Wassermengen und Temperaturen für Wärmenetze, zu möglichen Gefahren, Kosten, Lebensdauer der technischen Anlagen sowie Umsetzungsbeispielen aus kleineren Kommunen.

Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Beschlussvorschlag:

Die Präsentation und die Ausführungen von Herrn Dipl. Geologen Schäfer vom Geologischen Dienst NRW werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

5 Antrag Bündnis 90 – Die Grünen: Quo vadis Klimaneutralität 2030, Bericht zum aktuellen Stand der Umsetzung der Strategie zur Klimaneutralität im Jahre 2030
Vorlage: 110/2024

Frau Marquardt-Wißmann stellt eine Präsentation vor, die die bisherigen Maßnahmen der Kommune in Bezug auf die Erreichung des Klimaneutralitäts-Ziels bislang umgesetzt hat.

Herr Tippkötter von Projektbüro energielenker projects GmbH präsentiert dazu passend aktuelle sowie prognostizierte Energiedaten als „Monitoring der Strategie zur Klimaneutralität Nottuln 2030“.

Im Anschluss an die Präsentation ergänzt Herr Tippkötter, dass ein solches Monitoring ab sofort jährlich wiederholt werden könne und dafür auch die Struktur eines Dashboards genutzt werden solle, wie es die Stadt Münster verwendet.

Im Anschluss an die Präsentation entsteht aufgrund von Nachfragen durch Frau Dr. Diekmann und Herrn Walter eine kurze Diskussion zur technischen Frage, wie sich der durch Privatpersonen generierte Strom, der direkt für den Eigenbedarf genutzt werde, erfassen ließe. Herr Tippkötter verweist auf das zukünftige Potenzial besserer Messtechnik, insbesondere Smart Metering.

Herr Dr. Schliermann erfragt die Möglichkeit, auf Grundlage der Daten zu erfassen, in welchen Bereichen die Erreichung der Klimaneutralität schon gut voranschreite und in welchen es noch hapere. Herr Tippkötter gibt den Ausblick, dass eine aufgeteilte Darstellung auf die drei unterschiedlichen Sektoren (Wärme, Mobilität, Energie) nach Veröffentlichung des Kommunalen Wärmepfandes und damit im ersten Quartal 2025 möglich sein sollte.

Auf eine Nachfrage von Frau Kleinschmidt zu Stand des Windkraftausbaus informiert Frau Breusch, dass seit 2018 keine neuen Windkraftanlagen auf Gemeindegebiet gebaut worden seien. Bei zwei bestehenden Windkraftanlagen stünde bald ein Repowering an, zwei Projekte zu Bürgerwindparks lägen aktuell beim Kreis zur Genehmigung. Darüber hinaus gebe es noch weitere Projekte, die aber noch nicht in der Genehmigungsplanung seien.

Die Präsentationen werden der Niederschrift beigelegt.

Beschlussvorschlag:

Die Ausführungen zum Stand der Umsetzung der Strategie zur Klimaneutralität im Jahre 2030 werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

<p>6 Energetische Stadtsanierung – Zuschuss Klimaschutz und Klimaanpassung im Quartier (KfW 432) - Erarbeitung eines integrierten energetischen Quartierskonzeptes für das Quartier „Nottuln – Ortskern, Nordwest“, Vorlage: 003/2022/3</p>

Frau Marquardt-Wißmann weist darauf hin, dass das Konzept der Beschlussvorlage als Anlage beigefügt worden sei und daher auf eine Präsentation im Plenum verzichtet werde.

Frau Marquardt-Wißmann erläutert, dass die kfw-Förderung für das Quartiersmanagement, dass sich als Umsetzungsphase an das Quartierskonzept angefügt hätte, mittlerweile weggefallen sei. Man werde versuchen, alternativ Sanierungsfahrpläne für unterschiedliche Gebäudetypen zu entwickeln, die als Anregungen für Immobilieneigentümer:innen dienen können. Zusätzlich sollten weiterhin Energieberatungen angeboten werden.

Auch die Förderung weiterer Quartierskonzepte sei weggefallen, es ließen sich aber viele Erkenntnisse aus dem jetzt untersuchten Quartier in Nottuln-West und auch aus der bald abgeschlossenen Wärmeplanung auf andere Quartiere übertragen.

Frau Breuksch ergänzt, dass für den Haushalt 2025 bereits Mittel für das Quartiermanagement sowie weitere Quartierskonzepte eingeplant worden seien, die man nun anders nutzen könne, um die Sanierung in den Quartieren voranzutreiben.

Herr Steimann fragt an, ob eventuell zukünftig Landesfördermittel für energetische Sanierung in Aussicht stünden und ob es möglich sei, die Anzahl der Energieberatungen (aktuell 40) zu erhöhen. Frau Marquardt-Wißmann kennt keine Aussage zu neuen Fördermittelplanungen, stellt aber in Aussicht, dass die Anzahl der Energieberatungen, die über die Verbraucherzentrale NRW finanziert werden, bei Bedarf erhöht werden könne.

Beschlussvorschlag:

Das integrierte energetische Quartierskonzept für das Quartier „Nottuln „Ortskern/Nord-West“ wird beschlossen, vorbehaltlich notwendiger Einzelbeschlüsse.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

<p>7 Fortsetzung der Bürgerförderung im Gemeindegebiet Nottuln Vorlage: 074/2022/1</p>
--

Die Ausschussmitglieder signalisieren Zustimmung zu der Idee, die bereits eingegangenen und zu erwartenden Zahlungen im Rahmen des §6 EEG zu nutzen, um die Bürgerförderung fortsetzen zu können.

Herr Steimann warnt aber vor einem Automatismus und der Erwartungshaltung, dass das Geld nun immer direkt an die Bürger:innen weitergegeben werde. Insbesondere, wenn später höhere Beträge zu erwarten seien, sollten diese genutzt werden können, um größere Projekte umzusetzen. Frau Marquardt-Wißmann verspricht, dies in der Ausgestaltung der Förderunterlagen zu berücksichtigen.

Frau Dr. Diekmann erkundigt sich, welche Summen zu erwarten seien, wenn mit allen Betreibern von Anlagen, die unter die Regelung des §6 EEG fallen, vertraglich eine finanzielle Beteiligung der Kommune geregelt worden sei. Frau Breuksch stellt eine Prognose über die endgültige Summe in Aussicht, die dieser Niederschrift angehängt werde.

(nachträgliche Anmerkung der Verwaltung: Nach aktuellem Stand ist eine Hochrechnung noch nicht möglich, da die Zahlungen prozentual zu den tatsächlich eingespeisten Strommengen berechnet werden. Eine Übersicht findet sich hier:

WKA 1 | Leistung 1000 kW | Anteil Nottuln: 43,929 % | Summe 2024: 2.682,34 Euro

WKA 2 | Leistung 1000 kW | Anteil Nottuln: 22,786 % | Summe 2024: (ist in Summe WKA 1 integriert)

WKA 3 | Leistung 1000 kW | Anteil Nottuln: 45,136 % | Summe 2024: 1.491,27 Euro

WKA 4 | Leistung 1.500 kW | Anteil Nottuln: 81,0 % | Summe 2024: ist noch nicht eingegangen

WKA 5 | Leistung 1.500 kW | Anteil Nottuln: 69 % | bislang keine vertragliche Einigung mit Windparkbetreiber

WKA 6 | Leistung 1.500 kW | Anteil Nottuln: 75 % | bislang keine vertragliche Einigung mit Windparkbetreiber

WKA 7 | Leistung 1.500 kW | Anteil Nottuln: 63 % | bislang keine vertragliche Einigung mit Windparkbetreiber

WKA 8 | Leistung 1.500 kW | Anteil Nottuln: 72 % | bislang keine vertragliche Einigung mit Windparkbetreiber

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bürgerförderung im Gemeindegebiet Nottuln zur Steigerung der Akzeptanz der Nutzung erneuerbarer Energien fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

8	Kapazitäten C 85 Vorlage: 108/2024
----------	---

Herr Gausebeck merkt an, dass aus den vorliegenden Fahrgastzahlen, bereits seit 2023 ein Kapazitätsengpass auf der Linie C85 absehbar war, auf den offensichtlich nicht reagiert wurde. Zudem bedauert er, dass nicht in Erfahrung gebracht werden konnte, wie oft Fahrgäste am Bus abgewiesen werden mussten.

Herr Laakmann ergänzt, dass sich aufgrund des Bezugs der Flüchtlingsunterkunft die Fahrgastzahlen geändert und eventuell erhöht haben dürften, und wünscht sich ebenfalls aktuellere Fahrgastzahlen.

Frau Röthinger ergänzt Informationen, die sie kurzfristig aufgrund einer Anfrage von Herrn Laakmann per Mail bei der RVM in Erfahrung gebracht habe:

1. Es sei prinzipiell möglich, auch nur einzelne Fahrten mit dem größeren Fahrzeug durchführen zu lassen, aber nur bedingt umsetzbar, weil das Fahrpersonal für einen Fahrzeugtausch zum Betriebshof zurückkehren müsse, was im laufenden Betrieb nicht immer möglich sei. Die neue Umlaufplanung werde aber so gestaltet, dass sie möglichst effizient sei und geringe Kosten verursache. Wenn das größere Fahrzeug dann nicht auf allen Fahrten eingesetzt werde, würden sich die Kosten gegebenenfalls auch etwas reduzieren lassen.
2. Für die Idee, die Gäste der C85 auf die Linie 685 (integrierter Schülerverkehr) zu verweisen, die parallel in den stark ausgelasteten Morgenstunden führe, sehe die RVM nur geringe Erfolgchancen. Zum einen fahre die 685 nur an Schultagen, zum anderen seien Schulbusse erfahrungsgemäß auch stark ausgelastet. Auch seien die Fahrgäste der C85 vermutlich nur schwer dazu zu bewegen, auf einen Bus voller Kinder umzusteigen.
3. Der Einsatz von bereits vorhandenen Standardbussen anstelle einer Neuanschaffung komme nicht in Frage, da insbesondere in den Spitzenzeiten am Morgen alle Busse des Unternehmers bereits im Einsatz seien. Ein gebrauchtes Fahrzeug analog zu den Schullinien müsse ebenfalls neu beschafft werden. Ob dieses möglich und sinnvoll sei, müsse mit dem Unternehmer geprüft und entsprechend kalkuliert werden. Mitunter geringere Anschaffungskosten könnten aber durch höhere Betriebskosten marginalisiert werden.

Herr Dr. Schliermann fragt an, ob sich vielleicht die Taktung erhöhen ließe oder ob die Möglichkeit bestünde, ein Ruftaxi einzusetzen, sobald ein Fahrgast stehen gelassen werde.

Herr Böker fragt, ob eventuell die Schulbuslinie das Problem sei, ob also eher diese verstärkt werden müsse.

Frau Dr. Diekmann hält die Mehrkosten von 50.000 Euro allein für die Reaktion auf eine Überlastung in einer morgendlichen Stoßstunde für sehr hoch und schlägt vor, mit dem Geld effektivere Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV umzusetzen. Vielleicht ließen sich Sonderfahrten mit dem Bürgerbus zur Problemlösung einsetzen.

Frau Kleinschmidt fasst zusammen, dass noch sehr viele Fragen offen seien, die von der RVM beantwortet werden sollten. Herr Dr. Geuking schlägt daraufhin vor, die RVM noch einmal in den Ausschuss einzuladen.

Herr Gausebeck stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Er fordert die Vertagung dieses TOPs, bis entweder neuere Fahrgastzahlen vorlägen oder die RVM im Ausschuss dazu referieren könne.

Geschäftsordnungsantrag:

Es wird beantragt, über die Vorlage 108/2024 heute nicht zu entscheiden und diese zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

Vertagt

**9 CDU Antrag: Höhenreduzierung Mauerwerk entlang der Lindenstr. um die Sicht auf den Kirchplatz zu verbessern.
Vorlage: 107/2024**

Es entsteht eine kurze Diskussion darum, ob der Antrag im Ausschuss und Mobilität richtig aufgehoben sei oder nicht eher in den Ausschuss Planen und Bauen gehöre.

Herr Böker erläutert das Zustandekommen des Antrags mit dem wahrgenommenen Wunsch aus Bürgerschaft und Vereinen in Appelhülsen, die Situation vor Ort zu verbessern, wozu eine Abtragung der Mauer beitragen könne.

Herr Dr. Thönnies erläutert, dass der Kirchenvorstand über eine solche Abtragung entscheiden und diese auch finanzieren müsse und bietet an, dass die Verwaltung dazu gerne das Gespräch suchen werde.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Antragstellern und der Eigentümerin (Kirche) einen Vororttermin zu vereinbaren um den Vorschlag einer Höhenreduzierung der Klinkermauer zu besprechen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

**10 Bürgeranregung: Anregung gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - Belebung des Ortskernes
Vorlage: 105/2024**

Einzelne Ausschussmitglieder begrüßen das Bürgerengagement, unterstützen aber den Standpunkt der Verwaltung, dass einer Installation von Wipptieren angesichts der ohnehin geplanten Neugestaltung der Stiftsgärten nicht sinnvoll sei, insbesondere, da auch die Neugestaltung eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität zum Ziel habe.

Herr Dr. Thönnies fügt hinzu, dass Wipptiere an dieser Stelle dem Erhalt des historischen Erbes nicht gerecht würden und es auch zu Konflikten mit Veranstaltungen oder dem Wochenmarkt auf dem Stiftsplatz kommen könnte.

Beschlussvorschlag:

Die Bürgeranregung wird von der Verwaltung abgelehnt und es werden keine Maßnahmen umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

<p>11 Antrag (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) Wiederherstellung eines Wanderweges in den Baumbergen. Vorlage: 109/2024</p>
--

Frau Kleinschmidt signalisiert Zustimmung, zumal die UBG selbst schon einmal einen ähnlichen Antrag gestellt habe.

Herr Dr. Schliermann und Peter Wermeling berichten von einem Ortstermin mit der Eigentümerin.

Es entspinnt sich eine Diskussion, in der die aktuelle Wegeführung, der Schutzstatus des Waldgebietes, auf den der Weg enden würde und die Vorteile, die eine ökologische Aufwertung der Fläche mit sich bringen würde, besprochen werden.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird den dargestellten Wanderweg (s. Antrag) nicht wieder aktivieren. Stattdessen wird der ehemalige Wanderweg mit einheimischen Gehölzen bepflanzt bzw. aufgewertet.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9 Nein 2 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

<p>12 Antrag auf Einrichtung einer Skateranlage in Nottuln vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Nottuln (27.05.2024) Vorlage: 111/2024</p>

In der Diskussion über die Errichtung einer Skateranlage wird der Wunsch der Jugendlichen als zentraler Punkt hervorgehoben. Es habe bereits in der Vergangenheit Anfragen dazu gegeben sowie auch aktuelle Zuschriften. Die Ausschussmitglieder betonen die Wichtigkeit, die Jugendlichen in die Planungen einzubeziehen und über verschiedene Nutzungen der Anlage nachzudenken, wie z. B. für Skateboards, BMX-Räder, Roller und Longboards.

Es werden Bedenken hinsichtlich der Kosten, des Lärms und der Eignung des Gebiets geäußert. Vorgeschlagen wird, den Sportverein frühzeitig einzubeziehen, um Konflikte zu vermeiden, und vor der Suche nach Fördermitteln zwingend die Eignung des Gebiets zu prüfen.

Ein Lärmgutachten soll im November vorliegen, passend zu den Thementagen von „Jugend entscheidet“.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob geeignete Fördermittel für eine Skateanlage vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 2

einstimmig angenommen

**13 Bürgeranregung: Anregung gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - Vorhandene Bäume (Nonnenbachtal) werden entfernt und durch Bäume, welche dem Standort zuträglicher sind, ersetzt.
Vorlage: 106/2024**

Frau Kleinschmidt berichtet von einem persönlichen Gespräch mit den Antragsteller:innen, in dem diese vorgeschlagen hätten, die Bäume auf eigene Kosten zu fällen und dass die Gemeinde daraufhin die Bürgersteige erneuern solle.

Im anschließenden Gespräch betont Herr Steimann, dass die Anwohner:innen bereits viel erhielten, wenn die Verwaltung in einem Vororttermin noch einmal das Gespräch suche. Solche Termine verursachten Kosten.

Von Herrn Dr. Geuking wird darauf hingewiesen, dass bei ähnlich gelagerten Problemen an anderer Stelle durch Gutachten entschieden worden sei, dass nur wenige Bäume entfernt werden dürfen, da Bäume eine wichtige Funktion erfüllen. Schlussendlich sei es zudem zu gar keinen Fällungen gekommen.

Die Verwaltung bestätigt, dass Bäume regelmäßig kontrolliert würden und die Anwohnenden keine Sorge haben müssten. In Bezug auf Gasleitungen gebe es bei den gepflanzten Hainbuchen keine Probleme, dazu habe sich Herr Wermeling eigens mit dem Gasnetzbetreiber, Gelsenwasser, rückversichert.

Zur Sprache kommt auch, dass es vor Ort zwar Aufwellungen gebe, diese jedoch an anderen Stellen im Gemeindegebiet noch sehr viel gravierender seien. Es wird angemerkt, dass das Fällen der Bäume einen Präzedenzfall schaffen würde, und dass die positiven Effekte der Bäume, einschließlich ihrer Funktion als Nistplätze, überwögen.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird von der Verwaltung abgelehnt. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Antragstellern einen Vororttermin zu vereinbaren um mitzuteilen welche Bedeutung Straßenbäume für

den städtischen Bereich einnehmen. Eine Entnahme bzw. Neupflanzungen werden nicht erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

<p>14 „Sanierung Roibartstraße“ in Nottuln – Verbesserung des Straßenbelages bis zur Sanierung der Roibartstr. Vorlage: 137/2024</p>
--

Herr Wermeling berichtet, dass der politische Entschluss, die Roibartstraße nicht zu sanieren, zu vielen negativen Rückmeldungen aus der Bürgerschaft geführt habe. Bei einem Vororttermin habe sich Herr Wermeling selbst von den Schwierigkeiten – insbesondere für mobilitätseingeschränkte Personen – unterrichtet, die der aktuelle Stand mit sich bringe.

Einzelne Ausschussmitglieder loben die Idee einer kurzfristigen und kostengünstigen Lösung durch eine wassergebundene Decke.

Herr Dr. Thönnies ergänzt, dass eine Entscheidung über diese geringe Summe nicht zwingend durch den Gemeinderat freigegeben werden müsse, man das aber hier thematisieren wolle, um den Druck zur Bereitstellung von Mitteln für eine Sanierung im Haushalt 2025 abzumildern.

Die Tischvorlage wird digital den Sitzungsunterlagen beigelegt.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde schlägt vor, den aktuellen Schotterstreifen (mittlere Fahrbahn) mit Dolomitsand auszustatten, um eine gute Nutzbarkeit für Schüler, Anwohner u. Menschen mit Handicap zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

<p>15 Verschiedenes</p>
--

Frau Dr. Quadt-Hallmann fragt, ob das Ordnungsamt im Rahmen der Prüfung des Heckenrückschnitts auch einen Blick darauf hat, ob eventuell Grasflächen an Bürgersteigen gemäht werden müssen.

Herr Dr. Thönnies versichert, dass die Straßenkontrolleur:innen dies demnächst mitprüfen würden. Er bittet um Verständnis dafür, dass aufgrund hohen Vegetationsdrucks Mahd und Rück-

schnitt nicht immer zeitnah erfolgen könnten, und bittet darum, sich in konkreten Fällen direkt an die Verwaltung zu wenden.

Herr Dr. Schliermann erkundigt sich nach dem aktuellen Stand nach dem Vandalismusfall im Anschluss an die Beetbepflanzung in Appelhülsen („Appelhülsen wird bunt“).

Herr Wermeling berichtet dazu, dass aktuell die Wildkräuter durchkommen würden und man daher alsbald die Flächen, die von der Ausbringung von Herbiziden betroffen wurden, mit Hack-schnitzeln abdecken werde. Wie das Beet anschließend bepflanzt oder anderweitig gestaltet werde, stehe noch nicht fest.

Dr. Susanne Diekmann
Vorsitzende

Lisa Röthinger
Schriftführerin